

China, Myanmar und der Kokang-Konflikt

Geostrategisches Kalkül schlägt die nationale Karte

Christian Becker

Im Nordosten Myanmars sind Kämpfe zwischen den Streitkräften der Zentralregierung und einer aus ethnischen Chinesen bestehenden Rebellengruppe wiederaufgeflammt. Auf den ersten Blick ist dies nur eine Randnotiz der internationalen Politik. Doch der Konflikt zeigt europäischen Beobachtern, dass China – sonst derzeit vor allem aufgrund der Streitigkeiten im Südchinesischen Meer in den Schlagzeilen – in bestimmten Fällen zurückhaltender agieren kann: Die Lage in dem kulturell und wirtschaftlich chinesisch geprägten Gebiet böte einer auf nationalistische Emotionen setzenden Führung in Beijing einen plausiblen Anlass, um als Schutzmacht ethnischer Chinesen im Ausland aufzutreten. Im Falle Myanmars ist Beijing jedoch offenbar bereit, nationale Befindlichkeiten zugunsten langfristiger strategischer Ziele zurückzustellen. Das chinesische Verhalten beruht auf einem pragmatischen strategischen Ansatz Beijings: Wichtige Nachbarn sollen nicht irritiert werden.

Die Region Kokang wurde seit Mitte des 18. Jahrhunderts von chinesischen Zuwanderern geprägt und von einer chinesischstämmigen Herrscherfamilie regiert, ohne jedoch formell Teil des chinesischen Kaiserreiches zu sein. Ende des 19. Jahrhunderts lehnten sich die lokalen Herrscher an die britische Kolonialmacht an. Heute ist Kokang eine autonome Region im myanmarischen Bundesstaat Shan, die sich entlang der nordöstlichen Grenze zu China erstreckt.

90 Prozent der rund 95 000 Einwohner Kokangs sind ethnische Han-Chinesen mit myanmarischer Staatsbürgerschaft. Tropenhölzer, Goldvorkommen, ertragreiche Landwirtschaft und nicht zuletzt der Anbau von

Opium sowie seine Weiterverarbeitung zu Heroin vor Ort bieten auch den Bewohnern der angrenzenden chinesischen Provinz Yunnan vielfältige – legale und illegale – ökonomische Möglichkeiten. Viele Chinesen aus dieser Provinz halten sich als Händler und Gelegenheitsarbeiter für einen begrenzten Zeitraum in Kokang auf. Auch zahlreiche (Staats-) Unternehmen aus Yunnan sind in Kokang aktiv. Die Zahl der chinesischen Staatsbürger, die auf der myanmarischen Seite der Grenze leben, wird auf mehrere Tausend bis zu 90 000 geschätzt.

All diese Akteure profitieren davon, dass der Grenzverkehr praktisch nicht reguliert wird – ebenso wie die organisierte Krimina-

lität in Gestalt grenzübergreifend agierender chinesischer Banden. Insgesamt hat sich in der Region ein »chinesisches Leben« entwickelt, das die nationalstaatliche Grenze weitgehend ignoriert.

Der Konflikt: ethnische Chinesen gegen Myanmars Zentralregierung

Mit Angriffen auf Kontrollposten der Streitkräfte in Kokang eröffnete die Myanmar Nationalities Democratic Alliance Army (MNDAA) im Februar 2015 ein weiteres Kapitel in ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die Zentralregierung. Die MNDAA rekrutiert sich aus ethnischen Chinesen. In erster Linie kämpft die Gruppe darum, die von ihr jahrelang erschlossenen Quellen für legale und illegale Einnahmen aus der lokalen Wirtschaft zu bewahren. Daneben versteht sie sich aber auch als Interessenvertretung der ethnischen Chinesen in Kokang. Die MNDAA ging aus der bis Ende der 1980er Jahre von Beijing unterstützten Kommunistischen Partei Burmas hervor und wird bis heute von Führungspersonal geprägt, das seinerzeit in China ausgebildet wurde. Zwar stellte China die Unterstützung für kommunistische Rebellen in Myanmar ab Ende der 1980er Jahre ein, doch änderte dieser Politikwechsel nichts daran, dass die MNDAA in der chinesisch-stämmigen Bevölkerung Kokangs ebenso verankert ist wie in der Bevölkerung auf der chinesischen Seite der Grenze – aufgrund der gesellschaftlichen Verflechtungen im Grenzgebiet.

Beijings Optionen: Myanmar als Chinas Tor zum Indischen Ozean ...

Die Lage in Kokang hat Auswirkungen über das Grenzgebiet hinaus: Obwohl Beijing jede Unterstützung für die MNDAA vehement abstreitet, wird sein Verhalten im Kokang-Konflikt in Myanmars Hauptstadt Naypyidaw aufmerksam beobachtet. Die frühere Unterstützung der Rebellengruppe durch die Volksrepublik China ist nicht vergessen, und die informellen Kontakte der

MNDAA über die Grenze nach China hinweg erwecken in Myanmar Misstrauen.

Dieses Misstrauen kommt der chinesischen Führung äußerst ungelegen, denn in größerem Kontext ist Myanmar seit längerem ein wesentlicher Baustein in Chinas geostrategischen Vorstellungen. Nicht erst seit dem Aufkommen von Konzepten wie »Silk Road Economic Belt« und »21st Century Maritime Silk Road« sieht China vor, landgebundene und maritime Transportrouten durch Zentralasien respektive den Indischen Ozean auszubauen bzw. zu sichern und die wirtschaftliche Verflechtung mit den entlang dieser Routen liegenden Staaten voranzutreiben. Myanmar ist im Kontext dieser Strategie vor allem deswegen von herausragender Bedeutung, weil es der Volksrepublik einen direkten Zugang zum Indischen Ozean ermöglicht, unter Umgehung der krisenanfälligen Seeverbindungslinien in Südostasien. Die Idee einer »21st Century Maritime Silk Road« ist ohne eine enge Zusammenarbeit mit Myanmar kaum zu verwirklichen. Daher sind für das chinesische Bemühen um wirtschaftliche Durchdringung Myanmars mittels vielfältiger Infrastrukturprojekte auch langfristige geostrategische Überlegungen leitend.

Doch auch Indien und die USA suchen Einfluss in Myanmar zu gewinnen. In Naypyidaw ist man sich seiner geostrategischen Bedeutung sehr wohl bewusst und versteht es, das Werben der drei Mächte vor allem zum eigenen ökonomischen Vorteil zu nutzen. Trotz des großen Gewichts, das die Führung Myanmars guten Beziehungen zum großen Nachbarn China zuschreibt, ist das Land angesichts der alternativen außenpolitischen Optionen weit davon entfernt, von chinesischem Wohlwollen abhängig zu sein.

Das in Naypyidaw nach wie vor tonangebende Militär versteht sich als Hüter einer schwer erkämpften staatlichen Einheit. Sollte dort der Eindruck entstehen, dass Beijing durch offene oder verdeckte Unterstützung eines Akteurs wie der MNDAA die territoriale Integrität Myanmars – oder auch nur den mühsam aufrechterhaltenen Status quo in den entlegenen Gebieten im

Nordosten – gefährdet, indem es eine ethnisch gefärbte Außenpolitik betreibt, würde dies wohl im Gegenzug eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zur Folge haben. Und dies wäre ein herber Rückschlag für die geostrategischen Ambitionen der Volksrepublik.

... oder Entscheidung für die Rolle der Schutzmacht aller Chinesen?

Bei den Kämpfen in Kokang sind nicht nur mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen, sie haben auch Zehntausende ethnische Chinesen zur Flucht über die Grenze nach China veranlasst – wovon internationale und chinesische Medien sehr wohl Notiz nahmen –, die damit zeigten, dass ihre chinesische Identität im Zweifel schwerer wiegt als ihre formelle Staatsbürgerschaft. Die chinesischen Behörden publizierten daraufhin zunächst beschwichtigende Presseerklärungen mit dem Tenor, man habe die »Grenzübertritte« unter Kontrolle. Zugleich starteten sie aber auch umfangreiche humanitäre Hilfeleistungen. Die öffentliche Darstellung der Lage und auch die Erklärungen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme wurden dabei weitgehend den lokalen Behörden bzw. der Provinzregierung Yunnan überlassen – ein deutliches Indiz dafür, dass Beijing die Krise nicht zu einer Angelegenheit von internationaler Bedeutung hochspielen wollte.

Das offizielle Beijing gab seine Zurückhaltung in Sachen Kokang nur in einem Falle auf: Als die Luftstreitkräfte Myanmars irrtümlich chinesisches Territorium bombardiert hatten, gab es in einer medial sorgfältigen Inszenierung seinem diplomatischen »Zorn« Ausdruck. Nachdem die diplomatische Krise mit dem Kotau des myanmarischen Außenministers beigelegt worden war, äußerte sich Beijing wieder ganz im Sinne der guten bilateralen Kooperation: Stellungnahmen des Außenministeriums betonten, die Auseinandersetzung sei eine innere Angelegenheit Myanmars. Wenn über den Konflikt berichtet wird, übernehmen chinesische Medien meist die Er-

folgsmeldungen der myanmarischen Streitkräfte, ohne sie weiter zu hinterfragen.

Das ist insofern bemerkenswert, als Beijing mit dieser Politik eines »low profile« angesichts toter und flüchtender ethnischer Chinesen Gefahr läuft, den Eindruck von Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der eigenen Landsleute zu vermitteln. Zwar muss unterschieden werden zwischen chinesischen Staatsbürgern, die im Auftrag von staatlichen Organen, Firmen oder auf eigene Faust im Ausland tätig sind, und den sogenannten Überseechinesen (haiwai huaren), die – oft seit vielen Generationen – vor allem im südostasiatischen Ausland leben. Unabhängig davon aber, ob es sich um Staatsbürger oder Überseechinesen handelt, nimmt die chinesische Öffentlichkeit zunehmend Anteil am Schicksal ihrer Landsleute im Ausland. So finden sich in der chinesischen Blogosphäre zahlreiche Sympathiebekundungen für die Bevölkerung in Kokang, die auf die gemeinsame Identität als Han-Chinesen abheben.

Beijing nutzt Evakuierungsoperationen wie zuletzt im Jemen, um das Image einer Staatsmacht zu pflegen, die um ihre Bürger besorgt ist. Sobald aber Überseechinesen in Bedrängnis geraten, scheint sich die Regierung – wie schon 1998 nach den Ausschreitungen gegen ethnische Chinesen in Indonesien – Zurückhaltung aufzuerlegen. Nicht einmal der Besitz der chinesischen Staatsbürgerschaft ist im Falle Kokangs Anlass für Beijing, dort einzugreifen. Dabei dürften angesichts der geschilderten Überlappungen im Wirtschaftsleben diesseits und jenseits der Grenze auch eine ganze Reihe chinesischer Staatsbürger von der Gewalt betroffen sein. Dennoch zeigt die Volksrepublik keine substanzielle Reaktion.

Fazit: Geostrategisches Kalkül schlägt die nationale Karte

Die Regierung in Beijing muss abwägen zwischen innenpolitischen Rücksichten – der Förderung der eigenen Legitimität durch Schutz von Chinesen im Ausland – und außenpolitischen Kalkülen – dem Ver-

mitteln des Bildes von sich selbst als eines Akteurs, der auf Nichteinmischung bedacht ist. Im Umgang mit dem Kokang-Konflikt gibt sie letzteren den Vorzug. Die Gefahr, als Folge dieser Entscheidung innenpolitisch an Prestige zu verlieren, nimmt Beijing offenbar in Kauf bzw. ist zuversichtlich, ihr durch Steuerung der Medien entrinnen zu können.

Die an den Tag gelegte Zurückhaltung ist nicht neu, sondern bestätigt ein Muster, das im Umgang der Volksrepublik mit chinesischen Minderheiten in der Region schon seit einigen Jahren zu erkennen ist.

Die Kämpfe in Kokang sind von der MNDAA eröffnet worden, was dafür spricht, dass Beijing keine steuernde Rolle spielt – denn nichts dürfte der Volksrepublik im Bemühen um »soft power« und beim Werben um regionale Kooperationspartner ungelegener kommen als ein bewaffneter Konflikt im Nachbarland, an dem ethnische Chinesen beteiligt sind.

Das Verhalten der Führung in Beijing zeigt, dass sie zumindest im Falle Myanmars nüchtern im Sinne ihrer Geostrategie kalkuliert. Die Mobilisierung und Anheizung nationalistischer Emotionen scheint Beijing offenbar nur in bestimmten Zusammenhängen opportun zu sein, etwa in den Beziehungen mit Japan oder bei der Geltendmachung von Besitzansprüchen im Südchinesischen Meer. Eine ethnisch motivierte, auf die Bildung eines Großchina gerichtete Politik der Volksrepublik in der Region ist auch weiterhin nicht zu erwarten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364